



Erster Gedenkort für Wohnsitzlose

Vor der Kirche St. Peter soll ein Denkmal errichtet werden für die vergessenen Opfer des Nationalsozialismus, die sogenannten „Asozialen“. Wohnungslose wurden zu „Berufsverbrechern“ gemacht und in Konzentrationslagern eingesperrt, nur wenige überlebten.

Der brutale Umgang mit Armen, Wohnsitzlosen hat eine lange Tradition. Jahrhundertlang wurde Sesshaftigkeit und damit Kontrollierbarkeit rigoros durchgesetzt. Die Geschichtsschreibung zu Armut, Wohlfahrt und sozialer Arbeit kennt unendlich viele Praktiken und politische Maßnahmen. In einzelnen Dokumenten ist die Vielfalt der Unmenschlichkeit zusammengefasst.

In unsere heutige Sprache übersetzt wird im folgenden Text, einem Dekret des Mainzer Churfürsten Lothar Franz von Schönborn vom 11. Juni 1723, das brutale, unmenschliche Vorgehen gegen Umherziehende (Vaganten) deutlich: „Nachdem alle gegen Zigeuner, Vagabunden und anderes liederliches Gesindel ergangenen Verordnungen und Warnungen nicht verfangen wollen, sie vielmehr immer noch im Land

herumvagabundieren und auch großes Unheil hin und wieder verüben, müssen wir handeln. Weder Brand-Markung noch Landes-Verweisung hat etwas gefruchtet. Vielmehr sind die Einwohner und Unterthanen abgeschreckt worden solches Gesindel aufzugreifen und einzusperren, denn durch solche Gebranntmarkte und Landesverwiesene entstand größere Feuer-, ja Leibes- und Lebensgefahr. Da die Unterthanen in den Orten auch die Kosten langer Gefangenschaft solchen Gesindels tragen müssen, verzichten sie darauf.

Deshalb sollen am 30ten dieses Monats alle Unterthanen, so wie es auch bei benachbarten Herrschaften veranlasst worden ist, eine General-Streifung in ihrer Gemarkung durchführen. Wenn die Waldsituation es erfordert, sollte es gemeinsam mit dem benachbarten Ort

Holzskulptur von Konrad Franz „Diffamiert“, Entwurf für Bronzeguss (Höhe ca. 1,20m) Das Denkmal soll ein Gedenkort werden für verfolgte Wohnungslose in der NS-Zeit

vorgenommen werden. Wenn sich solches Gesindel zur Wehr setzt, soll es gleich niedergeschossen werden, über die Gefangenen soll von Beamten oder kommandierten Offizieren Stand-Recht gehalten werden und so dann, nachdem ein Geistlicher seiner Religion dazu gerufen wurde, am nächsten Galgen oder Baum aufgehängt werden. Kinder unter 18 Jahren sind, nachdem sie zur Warnung der Exekution zugesehen haben, mit einem Passport außer Landes zu verweisen mit dem Vermerk, dass, wenn sie keine andere Lebens-Arth annehmen und zum Dienen oder Arbeiten nicht bereit sind, ihnen das in gleicher Art begegnet. Die Kinder aber, die ihr Brot noch nicht verdienen können, sind von den Landeseinwohner so lange zu unterhalten, bis sie zum Dienen fähig sind.



Wenn aber vor dem oben angesetzten Termin (sei es wann es wolle) sich solche Zigeuner oder herrenloses Gesindel im Land sehen lässt, soll zum Glockenschlag gestürmt werden und dieses von Ort zu Ort durchs ganze Land fortgesetzt und verfolgt werden und dann wie oben beschrieben verfahren werden. ➤

Beamte oder Gemeinden, die das Sturmgeschlagen und Verfolgen unterlassen, verfallen einer Strafe von hundert Reichstaler. Jeder Einzelne soll dafür einstehen, dass alle Beamten, Bürgermeister und Gemeinden bei neu sitzenden oder herum gehenden Bettlern die Strafen der vorhin ergangenen Churfürstlichen Verordnungen zu hüten wissen.“

Dass der Churfürst von Mainz (1655-1729) nicht nur weltlicher Herrscher, sondern auch kirchliches Oberhaupt war, kommt in sarkastischer Weise zum Ausdruck, dass nämlich für Wohnungslose vor dem „Aufhängen am Galgen oder Baum ein Geistlicher seiner Religion gerufen werden soll“.



Zu Lothar Franz von Schönborns Zeit gab es auch in Mainz ein „Zuchthaus“. Ältere kennen diesen Begriff noch als ein

Gefängnis für Schwerverbrecher, zunächst war es ein „Arbeitshaus“: „Der Aufenthalt im Zuchthaus sollte gesunde, arbeitsscheue Bettler und Vagabunden beiderlei Geschlechts zu schwerer Arbeit anhalten.“ Armut wurde als Krankheit gesehen und sollte durch „Zucht“ geheilt werden.

Fast zeitgleich entstand in Mainz das Rochusstift zur Versorgung der Armen und Kranken. Es steht in einer langen Tradition des Hospitalwesens (Hl. Geist-Hospital aus dem 11. Jh.). Aber es war nur Mainzer Ortsbürgern zugänglich. Für Auswärtige war es fast unmöglich, Ortsbürger zu werden.

Werfen wir einen Blick auf diese vermeintlich „gute alte Zeit“: Die Vaganten waren eine Randgruppe, die Außenseiter der Gesellschaft. In den deutschen Staaten lebten um 1800 zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung ohne festen Wohnsitz: Hausierer, Bettler, Schaulsteller, Deserteure, Krüppel, Tagelöhner, Arbeitslose, „Zigeuner“ und Gauer. In der starren, ständisch gegliederten Gesellschaftsordnung ihrer Zeit hatten sie kaum eine Chance, nach oben zu kommen. Unten auf der Straße aber war man schnell. Durch die zahllosen Kriege, Missernten, Seuchen und Epidemien jener Zeit wurde so mancher aus der Bahn geworfen. Es gab zudem keine „Idee“, wie man die Vaganten in die Gesellschaft eingliedern könnte. Man verfolgte sie lieber, sperrte sie ein. Sie galten vielerorts als vogelfrei und wurden wie Verbrecher behandelt. Regional konnte der Vagantenanteil auf über 25 Prozent der Bevölkerung steigen.

Gemeinden und Hauswirte suchten ärmere Personen „rechtzeitig“ auf, das heißt vor deren zweijährigem Aufenthalt, der zum Anrecht auf Unterstützung geführt hätte. Sie wurden

„prophylaktisch“ aus dem Ort entfernt, damit sie nicht als unterstützungsbedürftige Arme zur Last fallen würden. Nur wer das verlangte Zuzugsgeld zahlen konnte, wurde Ortsbürger und erhielt zum Beispiel eine „Obrigkeits-Heirats-erlaubnis“. Arme hatten keine Chance auf eine solche Erlaubnis, mussten also in „Wilder Ehe“ leben.

Deutschland war bis 1803 in rund 350 Herrschaften aufgeteilt, danach reduzierte sich die Zahl auf 36 Herrscher, das heißt, man konnte schon im Nachbardorf „Ausländer“ sein. Noch im 19. Jahrhundert waren Kommunikation und Mobilität verglichen mit heute unterentwickelt. Aufgrund der heutigen weltweiten Mobilität gibt es eine große Zahl von „Nachbarländern“ und über die sozialen Medien eine fast unbegrenzte Kommunikation. Doch die Grenzen werden hochgezogen und abgesichert, damit Migration (wieder) begrenzt und kontrolliert werden kann. Der Sozialmediziner Gerhard Trabert schildert in seinen Büchern, dass heute unmenschliches Verhalten gegenüber Wohnungslosen auch in der Bischofs- und Wissenschaftsstadt Mainz gegeben sei.

Auf den ersten Blick wird ein ausgebautes Hilfesystem sichtbar. Das Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus wird vor der Kirche errichtet werden, in der Pfarrer Franz Adam Landvogt gewirkt hat. Die nach ihm benannte Einrichtung unterstützt tatkräftig und täglich wohnungslose Menschen. Seit Anfang der 1980-er Jahre organisiert der gemeinnützige Verein für „Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, zzum Beispiel Wohnungslose, Obdachlose, entlassene Strafgefangene“ (so die Satzung) ein breites Angebot von Hilfen. Manches wie die „Start-Hilfe“ wurde an andere Träger abgegeben. Zwar wurde das Kleiderlager

conSens Seniorenmagazin der Stadt Mainz

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Stadt Mainz, Sozialdezernat

Verlag:

conSens-Medien,
An der Oberpforte 1, 55128 Mainz
Tel. 0 61 31 / 36 45 79
Fax 0 61 31 / 36 97 40
consens-medien@t-online.de
www.facebook.com/ConsensSenio-
renmagazin

Redaktionsleitung:

Wolfgang-Michael Duschl (viSDP)

Mitarbeitende: Anja Baumgart-Pietsch, Heinz Porten, Karin Weber, Dr. Nicole Weisheit-Zenz, Pater Reinhard Vitt

Lektorat: Ingrid Suder

Titelfoto: Adobe Stock

Abbildungen: Seite 10,11, Abb. 1,4,5+6 Daniel Reissmann; 3 (Grundriss) Metzendorf; Seite 13,14,15 Sascha Kopp (Ministerpräsident Boris Rhein, Sonja und Reinhard Ernst + Museum bei Nacht); Seiten 26, 33,36,37 Adobe-Stock; Seiten 38, 39, 40 Stadtarchiv,

Seite 40a Klaus Euteneuer; Seite 51 Wikipedia. Bei allen anderen Abbildungen liegen die Rechte bei den Autoren oder beim Verlag.

Grafik-Design:

Jürgen Linde - typografische Werkstatt Druckerei und Verlag, Mainz

Druck:

Druckerei Schwalm GmbH, Mainz

Erscheinungsweise:

viermal jährlich zu Beginn der Monate März, Juni, September, Dezember

Verteilung:

conSens wird von der Stadt Mainz und vom Verlag kostenlos verteilt.

Verteilstellen in Auswahl:

Stadthaus, Ortsverwaltungen, Apotheken, Wartezonen der Arztpraxen und Krankenhäuser, Seniorenzirkel der Kirchengemeinden, Sparkasse und Banken, ausgewählte Einzelhandelsgeschäfte



Mediaberatung:

Martin Brejschka
Mobil 0178 2985701
Mail brejschka@yahoo.de

während der Corona-Epidemie geschlossen, aber in der „Teestube“ gibt es umfassende Unterstützung von der Hygiene bis zur Beratung.

Doch Wohnungslosigkeit bleibt insbesondere in kalten Nächten eine harte Erfahrung. Deshalb bieten Heinrich-Egli-Haus und Thaddäusheim Übernachtungsmöglichkeiten und Beratung an. Darüber hinaus hat sich der „Der Wendepunkt – Hilfen für Frauen in sozialen Notlagen“ zu einem weiteren Bestandteil des Hilfe-Netztes entwickelt. Übergangsunterkunft für Familien und Einzelne und Notschlafplätze für Männer und Frauen hält auch die Stiftung „juvente“ bereit. Schließlich, und als eine besonders beachtete Einrichtung, bietet das „Mainzer Modell der gesundheitlichen Versorgung von wohnungslosen Menschen“ ärztliche, pflegerische und sozialarbeiterische Hilfe für wohnungslose Menschen an. Im Rahmen des Vereins „Armut und Gesundheit in Deutschland“ werden wohnungslose Menschen mit dem „Arztmobil“, der rollenden Arztpraxis von Prof. Dr. Gerhard Trabert, auf der Straße aufgesucht und ärztlich und beratend versorgt. Medizinische Sprechstunden in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und weitere Hilfen vervollständigen die Versorgung.

Der erste Blick täuscht nicht. Im Vergleich mit der Ausgrenzung in der Vergangenheit und der systematischen Verfolgung und Ermordung im Nationalsozialismus gibt es vielfältige Hilfen und Angebote, die dem Anspruch folgen, auch Wohnungslosen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Allerdings

schränken die Regeln der Einrichtungen und ihre Begrenzungen diesen Anspruch ein, sie können die ganze Lebenslage der Betroffenen vielfach nicht erfassen. Die Übersichten der Stadtverwaltung zu „Soziale Hilfen, Pflege und Gesundheit“ lassen die Wohnungslosen links liegen; Wohnungslosenhilfe ist ganz an die freie Wohlfahrt delegiert, die Stadt hat sich, außer bei den finanziellen Hilfen, aus der Verantwortung genommen. In den Einrichtungen ist der Bedarf an ehrenamtlicher Mitarbeit keineswegs gestillt, ebenso wenig wie die finanzielle Unterstützung.



121: Exmittierung Armer (1877)

Die Berichte von Gerhard Trabert und anderen Engagierten, besonders der Ehrenamtlichen in den Einrichtungen, zeugen von viel Rücksichtslosigkeit und Gehässigkeit gegenüber Wohnungslosen im Alltag und auf der Straße. Die Wahrnehmung der Wohnungslosen im Alltag lässt viel Raum für Mit-Menschlichkeit.

Nicht-Beachtung erscheint noch duldbar im Vergleich zu Beleidigungen, Fußtritten und Beschämungen, ungehemmtem Verhalten ohne jeden Respekt. Auch scheinen sozialstaatliche und bürgerrechtliche Offenheit und Hilfsbereitschaft nicht gesellschaftlich verankert zu sein. Haben doch Ausdrücke wie „Aso“, „Opfer“ oder „Prolo“ Eingang in die sogenannte „Jugendsprache“ gefunden.

Im „entwickelten Sozialstaat“ kommt es zu neuen Problemlagen, die Wohnungslosigkeit hervorbringen. Seitdem der Verein „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ auch geflüchtete Menschen in der Statistik zur Wohnungslosigkeit in Deutschland mit erfasst, ist die Zahl der Wohnungslosen insgesamt auf etwa 800.000 gestiegen. Wenn nun Asylsuchende, die ihr Asylverfahren in einem anderen EU-Staat durchführen müssen (sogenannte Dublin-Fälle), keine Sozialleistungen (genauer: Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) mehr erhalten, dann wird die Zahl der Wohnungslosen noch einmal deutlich steigen. Die Manie, Flüchtlinge vertreiben zu wollen, wird an dieser Stelle neue Obdachlosigkeit hervorrufen. Die grausige Vergangenheit ist nicht für alle Zeit überwunden.

Wenn die Stadt Mainz stolz darauf ist, den ersten Gedenkort für verfolgte Wohnsitzlose in Deutschland zu errichten, sollten die Bürgerinnen und Bürger auch den Wohnsitzlosen in der Stadt mit Respekt begegnen und damit das Denkmal mit Leben füllen. ◀

Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger
Dr. Erwin Kreim